

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mächer
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 13. Juni 1918. Nr. 150.

Eine Rede des Bürgermeisters.

Unter dem Vorsitze des GR. Schimak fand gestern im Neulerchenfeld eine Versammlung statt, welcher auch Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Reichsratsabgeordneter Dr. Mataja, die GR. Breuer, Heffenmayer und Ullreich, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Hanusek *Dr. Innowitzer*.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner besprach die Versammlungstätigkeit der christlich sozialen Partei, dankte für das *sege* Interesse, das die Wählerkreise an den Versammlungen nehmen und fuhr dann fort: Die Arbeiter tragen schwere Last im Kriege, sie arbeiten ohne Rast und Ruhe vielfach über ihre Kräfte, aber ein Grossteil verdient reichlich Lohn und kann sich und Familie noch erhalten. Eine grössere und schwerere Kriegslast ist den breiten Schichten des Mittelstandes aufgebürdet, insbesondere dem grosstädtischen Mittelstande, dem Handwerker, dem Klein-kaufmann, dem kleinen Hausbesitzer und der grossen Klasse der geistigen Arbeiter, der Festbesoldeten. Die Not und der Druck der Kriegszeit wird noch erhöht durch die seelische Depression über unsere trostlose innerpolitische Lage, durch die unsichere schwankende Haltung der Regierung und ihre wiederholten Missgrüfe in der Ernährungsfrage und durch das Herabsinken auch sozial höher stehender Mittelständler aus der gewohnten Lebenshaltung in proletarische Verhältnisse. Umso grössere Anerkennung *verdient* daher die Geduld, und Opferwilligkeit unserer Wiener Bevölkerung, Männer und Frauen wetteifern! Hut ab vor ihnen! Daneben macht sich allerdings ein erbärmliches Protzertum breit, dass diesen unseligen *männermordenden* Krieg als ein gutes Geschäft ansieht, als eine Quelle fetter Gewinne. Ich verkenne auch nicht die schweren sittlichen Schäden, welche durch diese Gesellschaft in die deutsche christliche Bevölkerung Wiens getragen werden. Schwer ist die Zeit und gewaltig, wehe! wenn wir gewachsen nicht sind, wie sollten den Riesenkampf wir bestehen! Wir Deutsche müssen den Kampf bestehen! So lange das Kreuz des Stefansturms in sonniger Ostmark glänzt, so lange werden Wiener Bürger für den deutschen Charakter und für die Stellung Wiens als Reichshauptstadt eintreten; wir werden kämpfen, dass diese alte Kulturstätte deutschen Geistes und deutscher Kraft unserem Volkstum nicht entrissen werde, wir werden auch unentwegt für unser Vaterland eintreten. Als Oesterreicher sind wir geboren, Oesterreicher wollen wir bleiben! Wir sind aber auch treue Söhne unseres deutschen Volkes und ich erlaube es als eine der wichtigsten Programmpunkte unserer Zeit, dass die Deutschen ohne Unterschied ihrer Parteirichtung zusammenhalten und das Wort Attinghausens: Seid einig! getreulich befolgen.

Wir Deutsche legen offen und ehrlich unser Bekenntnis zum Staate ab, verwehren uns daher gegen alle Bestrebungen *der* Tschechen und Südslaven, welche auf die Zerstückelung Oesterreichs hinzielen. Wir bekennen uns aber ebenso offen zum Ausbau unseres Bündnisses mit Deutschland, dessen Vertiefung in politischer, militärischer und wirtschaftlicher *Beziehung* uns notwendig erscheint. Wir verlangen aber auch endlich eine Regierung, die mit starker Hand und unbeugsamem Willen das Steuer des Staates lenkt und einsieht, dass den Deutschen die führende Rolle im Reiche gebührt. Wir verlangen eine

Regierung, die mit sozialem Verständnis die Wunden, die der Krieg an der Volkswirtschaft geschlagen hat, sich zu heilen bemüht.

Wir verlangen aber auch eine Regierung, die mutig dem Parlamente *gegen*tritt. Ich würde die Ausschaltung des Parlaments nicht nur als einen schweren Fehler der Regierung Seidler, sondern auch als ein Unglück für den Staat betrachten. Ich hoffe aber auch, dass die deutschen Abgeordneten im wohlverstandenen eigenen Interesse, aber auch im Interesse der Bevölkerungskreise, die sie vertreten, nichts unternehmen, was sie an der Ausschaltung des Parlaments mitschuldig erscheinen liesse.

Die Regierung braucht das Parlament nicht nur zur ordnungsmässigen Erläuterung des Budgetprovisoriums, nicht nur für die Bewilligung der Kriegskredite, sie braucht das Parlament auch, um für alle jene Massnahmen, welche im Gefolge des Krieges zur Hebung der Volkswirtschaft, sowie zur Beseitigung sozialer Misstände erforderlich sind. Ich verweise auf die Arbeiten des deutschen Reichstages. Einer der wichtigsten Aufgaben der Gemeinde aber auch der Regierung ist die Fürsorge für den Wohnungsmarkt. Der Ausschuss des deutschen Reichstages hat 500 Millionen Mark aus Reichsmitteln zur Gewährung von Bauzuschüssen und billigen Darlehen, sowie zur Bildung eines Bürgerschaftsfondes bereitgestellt, er hat weiter beschlossen, dass bei dem Mangel an Baustoffen aller Art die baldige Wiederinbetriebsetzung der Baustoffindustrie durch rechtzeitige Entlassung an Arbeitskräften aus dem Heere und Bereitstellung ausreichender Kohlenmengen dringend erforderlich sind. Die bei der Heeresverwaltung *freigewordenen* Baumaterialien sind zur Weitergabe an Gemeinden, in denen Wohnungsmangel herrscht, zu billigen Preisen zu überlassen. Ferner ist in allen Orten, wo der Eintriss eines Wohnungsmangels zu erwarten ist, die Beschaffung und Aufschliessung geeigneter billigen Baulandes zu veranlassen und diese überdies auch durch Ueberlassung *fiskalischen* Grund und Bodens zu erleichtern.

Diese und andere Beschlüsse hat der deutsche Reichstagsausschuss gefasst und damit planmässige und umfassende Wohnungserstellung nach dem Kriege in die richtigen Wege geleitet. Der Gemeinderat der Stadt Wien hat in einer seiner letzten Sitzungen über die Massnahmen beraten und beschlossen, wie der drohenden Wohnungsnot in Wien zu begegnen sei, hat aber ausdrücklich erklärt, dass es über die Macht und über die Geldmittel der Gemeinde hinausgehe, alle diese Massnahmen aus eigenem durchzuführen und dass es Pflicht der Regierung sei, helfend einzugreifen. Diese Hilfe kann ich mir aber nicht von einer § 14 Regierung erwarten, sondern nur von einer dem tagenden Parlamente verantwortlichen Regierung.

Der Redner besprach sodann die Steuerbedrückungen der Gewerbetreibenden und wies insbesondere darauf hin, dass der Gemeinderat alles aufbieten wolle und werde, um die Wiederrichtung des gewerblichen Mittelstandes nach dem Kriege durchzuführen. Aber auch hier sei unbedingt eine weitausgreifende Fürsorge der Regierung notwendig, sowohl was die Bereitsstellung der Rohstoffe und Halbfabrikate anbelangt, wie auch die Kredithilfe. Der Gemeinderat wendet insbesondere der Sachdemobilisierung der Militärverwaltung seine volle Aufmerksamkeit zu und der Bürgermeister besprach hierbei eingehend die Forderungen der Gemeinde an jenen Sachgütern, welche bei dieser Demobilisierung dem Zivilbedarfe der Bevölkerung übergeben werden sollen.

Zum Schluss führte der Bürgermeister aus, dass im 16. Bezirke das grosse Pietätswerk der Gemeinde, der Heldenhain errichtet werde. Für jeden gefallenen Wiener soll eine deutsche Eiche gepflanzt werden und inmitten des Eichenwaldes ein grosses würdiges Denkmal für alle die deutschen Söhne Wiens, die ihrer Pflicht gegen Kaiser und Reich durch den Heldentod entsprechen haben. Ein Wallfahrtsort soll der Heldenhain werden, ein Monument der Gegenwart ragend in ferne Zukunft.

Die Eierversorgung Wiens.

In der gestrigen Sitzung des Stadtrates besprach Bürgermeister Dr. Weiskirchner die derzeitige mangelhafte Eierversorgung der Stadt Wien. Der Magistratsreferent Dr. von Dierkes erstattete einen ausführlichen Bericht, welchem zu entnehmen ist, dass Wien ausschliesslich auf die Zufuhr von Eiern aus Galizien, Ungarn, Polen und die Ukraine angewiesen ist, während Oberösterreich, Steiermark, Böhmen und Mähren, aus welchen Kronländern im Frühen eine beträchtliche Menge von Eiern nach Wien kamen, schon seit mehr als Jahresfrist vollkommen gesperrt sind. Aber auch aus den genannten Bezugsländern sind die Zufuhren gegenüber den Vorjahren bedeutend gesunken. Die Bezüge aus Galizien betragen heuer 6603 Kisten (im Vorjahre 22.631), aus Ungarn 4336 (im Vorjahre 11.917), aus Polen 6940 (im Vorjahre 9494). Hiezu kommen heuer noch 4197 Kisten aus der Ukraine. Bei den jüngst in Berlin abgeschlossenen Verhandlungen zwischen Oesterreich, Ungarn und Deutschland hat Oesterreich auf die ukrainischen Eier als Kompensation für Getreidelieferungen zum grössten Teile verzichtet, so dass bis zum ersten August nur ungefähr 10% des Kontingentes an Eiern nach Oesterreich kommen werden und Wien bis zu diesem Zeitpunkt höchstens noch 1500 Kisten erhalten wird. Leider sind die ukrainischen Eier äusserst mangelhaft verpackt und die meisten Kisten stark beraubt, so dass der an und für sich hohe Einkaufspreis der ukrainischen Eier sich noch mehr steigert und sich auf 855 Kronen per Kiste stellt. Die fortwährend steigenden Preise in der Ukraine lassen eine weitere bedeutende Preiserhöhung befürchten. Aus Galizien bleiben die Eiersendungen in den letzten 3 Wochen fast vollständig aus und erst den wiederholten Bemühungen der Gemeinde beim Volksernährungsamt ist es gelungen, eine Besserung der Zufuhren für die nächsten Wochen zu erreichen. Aus Ungarn kommen schon seit Monaten nurmehr die sogenannten Fasseier in geringen Mengen nach Wien, da es der gemeinsamen Einkaufsstelle durch die Preisbildung unmöglich gemacht wird, Eier einzukaufen und auszuführen. Am besten waren noch die Eierzufuhren aus dem polnischen Okkupationsgebiet, wo der Gemeinde Wien zwei kleine Preise zum Ankauf von Eiern zugewiesen sind. Mit Rücksicht darauf, dass der „Roh“ drei Kreise zugewiesen sind, hat die Gemeinde Wien wiederholt um Zuweisung weiterer Kreise ersucht, bisher jedoch erfolglos. Infolge des starken Rückganges der Produktion, sowie infolge Freigabe des Bades Busk für die Zivilbevölkerung bleiben die Eierzufuhren aus Polen hinter dem Vorjahre bedeutend zurück. Unter diesen Umständen ist es der Gemeinde Wien auch nicht möglich gewesen, die begonnene Konservierungsaktion für den kommenden Winter fortzusetzen und es besteht die Gefahr, dass in der nächsten Winterperiode konservierte Eier nur in bedeutend geringeren Mengen zur Verfügung sein werden. Die geringen und schwankenden Zufuhren haben es der Gemeinde unmöglich gemacht, die von vielen Seiten gewünschte gleichmässige und regelmässige Verteilung der Eier

Dieser durchzuführen. Eine solche kann erst in Aussicht genommen werden, bis die Zufuhren regelmässig eintreffen und mindestens 1800 Kisten per Woche (das ist 1 Ei per Kopf) betragen. Die Gemeindeverwaltung ist nach wie vor bemüht, bei den staatlichen Behörden mit allem Nachdruck eine Besserung der unleidlich gewordenen Verhältnisse herbeizuführen.
An den Bericht schloss sich eine längere Debatte, in welcher StR. Braunfels eine gleichmässige Verteilung der Eier an die Händler verlangte. Spalowsky wünscht die Abgabe der Eier nach der Kopfquote. StR. Müller erhob Protest dagegen, dass die „Roh“ 3 Kreise zugewiesen erhielt, während die Gemeinde Wien nur berechtigt ist, in zwei Kreisen Eier einzukaufen. StR. Dr. Hehn verlangt, von der Regierung, dass die Einfuhr der Eier aus Galizien erhöht wird. StR. Dechant fordert die Einleitung von Schritten zur Hebung der Eierzufuhr aus Oesterreich. Die StRe. Spalowsky (Marshall), Frass (Neubau) und Hötzel (Ottakring) klagen über die ungünstige Versorgung ihrer Bezirke und bitten um Abhilfe.
Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärte, er werde neuerlich an die Regierung herantreten, damit eine bessere Versorgung der Stadt Wien mit Eiern in die Wege geleitet wird.